

Asylbewerberheim zum Jahresende schließen!

Der Gemeinderat von Rieden wendet sich mit folgender

Resolution

An die Bayerische Staatsregierung:

Die derzeit im Asylbewerberheim in Rieden lebenden Flüchtlinge müssen bis spätestens Ende 2017 anderweitig untergebracht werden. Die Unterkunft darf künftig nicht mehr der Aufnahme von Flüchtlingen dienen.

Seit 1980 hat die Regierung von Schwaben in der Gemeinde Rieden eine Unterkunft für Asylbewerber angemietet. Die Gemeinde hat sich der Herausforderung, Menschen aus den verschiedensten Ländern, mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen in Deutschland zu integrieren, in herausragender Weise gestellt und dazu beigetragen, dass viele Familien, Kinder, junge und ältere Personen bei uns heimisch werden konnten. Obwohl dies mitunter mit erheblichen Konflikten verbunden war, haben wir im Sinne der Humanität in unserer 1.350 Einwohner-Gemeinde zum Teil bis zu 75 Personen aufgenommen. Wir haben eine Integrationsleistung erbracht, die gemessen an unseren Möglichkeiten und unserer Gemeindegröße weit über das hinausgeht, was die meisten anderen Kommunen zu bewältigen haben. 75 Flüchtlinge bei uns, das ist gleichbedeutend mit 1.000 in Marktoberdorf oder 2.500 in Kaufbeuren. Damit ist die Dimension zutreffend beschrieben.

In letzter Zeit kommt es jedoch zunehmend zu Konflikten, die sich gravierend negativ auf das Zusammenleben der Bürger und den Frieden in der Gemeinde, aber auch auf die Asylbewerber selbst auswirken. So kam es am Freitag, dem 25. August 2017 zu einem dramatischen Vorfall, der nur mit einem beherzten Polizeieinsatz entschärft werden konnte.

Das Gebäude, mitten in einem Wohngebiet gelegen, erfüllt nach beinahe 40-jähriger Nutzung nicht mehr die Voraussetzungen, die an eine Unterbringung zu stellen sind. Es gibt zum Teil erhebliche bauliche Mängel, die mutmaßlich nur mit unverhältnismäßigem Aufwand zu beseitigen sind. Vier- und mehrköpfige Familien werden in einem einzigen Raum untergebracht. Die sanitären Einrichtungen sind unzureichend und in keinem guten Zustand.

Auch die Betreuungssituation ist nicht akzeptabel. Die Menschen sind auf sich selbst gestellt. Konflikte untereinander sind vorprogrammiert. Die Menschen rufen lautstark nach Hilfe, weil sie unter den bestehenden Unterbringungsmöglichkeiten leiden.

Das Konfliktpotential ist mit Händen zu greifen. Wir sind für das gute Zusammenleben der Menschen in unserer Gemeinde verantwortlich. Wir können und dürfen nicht zusehen, dass sich Spannungen aufbauen und Probleme für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Rieden auftreten.

Aus Verantwortung und aus Sorge für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Gemeinde sowie die Asylbewerber in der Einrichtung sehen wir uns veranlasst, Sie, sehr geehrter Herr

Ministerpräsident, und die Bayerische Staatsregierung aufzufordern, hier umgehend Abhilfe zu schaffen. Seit dem Flüchtlingsstrom des Jahres 2015 war nun ausreichend Zeit, für die Gemeinde Rieden eine Lösung zu finden. Dies wird in den kommenden Monaten jedenfalls möglich sein. Bitte handeln Sie in Sinne der Humanität, der Sicherheit für die Beteiligten und einer menschenwürdigen Unterbringung derer, die bei uns Schutz und Hilfe suchen!